

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 10/2022

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 16. November 2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:19 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 21

Es waren anwesend:

CDU: OR Henkel, OR Kehrlé, OR Miersch, OR Griener

B´90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster, OR Isele,
OR Dr. Wagner, OR Ruf, OR Elke Frey

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Seidler

DIE LINKE: OR Anna Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Müller

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Carlo Wurm (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Dueck (StaDu), Frau Stehli (StaDu),
Herr Friese (StPIA)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 4. November 2022, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 11. November 2022 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Festsaal der Karlsburg. Entschuldigt sei OR Müller. Im Ältestenrat sei vereinbart worden, dass zu den Berichten unter TOP 1 und TOP 2 jeweils nur ein ganz kurzer Einführungsbericht gemacht werde, denn diese lägen ja in schriftlicher Form vor. Zum TOP 2 könne Sie mitteilen, Frau Scheuerer habe sich heute krank gemeldet und darauf verwiesen, dass der Bericht in schriftlicher Form vorliege und sie bitte darum die Frage noch einmal zu sammeln. Sie werde diese beantworten. Sollten Fragen auftauchen, die das staatliche Schulamt betreffen, würde sie diese an das staatliche Schulamt weitergeben und dann Antwort geben.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 1, Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach**, auf und begrüßt die Abteilungsleiterin der Bürgerdienste, Frau Stehli. Man wisse, dass die Bürgerdienste, das Bürgerbüro, das Standesamt, der GVD und die Friedhofsverwaltung betreffen. Hier habe man vor einiger Zeit umorganisiert.

Frau Stehli (StaDu) bedankt sich und begrüßt die Anwesenden. Sie starte auch gleich mit dem Bürgerbüro. Der Wegfall der coronabedingten Einschränkungen habe die Arbeitssituation nicht nur im Bürgerbüro, sondern in allen Bereichen wieder normalisiert. So sei man im Bürgerbüro zu den vor Corona üblichen mittleren Bearbeitungszeiten und der nahtlosen Taktung der Vorsprachetermine zurückgekehrt. Auch im Bürgerbüro habe sich die Situation der stadtweiten Terminknappheit wiedergespiegelt. Auch der Termindruck sei spürbar gewesen. Die Inbetriebnahme des Ausgabeautomaten, der hier vor der Tür stehe und die vereinfachte Ausgabe von Ausweisdokumenten ohne Vorsprachetermin ermögliche, die Übermittlung der Dokumente mittels Fahrradkurier, haben den Termindruck im Laufe des Jahres reduziert. Die Verbesserung der personellen Situation habe ebenfalls zu einer Verbesserung der Terminlage geführt.

Im Standesamtsbereich lasse sich erfreulicherweise sagen, dass die Eheschließungszahlen nach Corona wieder gestiegen seien. Im Laufe des Jahres und im Vergleich zum Vorjahr habe man einen deutlichen Zuwachs, nicht zuletzt aufgrund der vielen attraktiven Trauorte, die man in Durlach anbiete und der Vielzahl der Termine die am Wochenende zur Verfügung ständen. Geburten- und Sterbezahlen könne Sie kurz überspringen. Signifikant sei, dass die Zahl der Sterbefälle leicht sinke, dafür steige die Anzahl der Kirchenaustritte stetig weiter. Das Sorge dafür, dass das Erfordernis der persönlichen Vorsprache zu einem erheblichen Mehraufwand in der Sachbearbeitung führe. Jeder der aus der Kirche austreten wolle, müsse hier persönlich vorsprechen.

Die Friedhofsverwaltung habe in den ersten neun Monaten einen deutlichen Anstieg der Bestattungszahlen zu verzeichnen, obwohl die Sterbefälle insgesamt in Durlach gesunken seien. Man könne sehen, dass man in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 208 Bestattungen gehabt hatte. Dafür seien es im letzten Jahr im selben Zeitraum nur 177 gewesen. Auf dem Friedhof in Aue habe man ein neues Grabfeld eröffnen können. Hier im Feld J4X seien Urnenbestattungen, Sargbestattungen und Bestattungen an einem Sammelbaum möglich. Aktuell seien die Mitarbeiter des Stadtamtes dabei auf dem Bergfriedhof ebenfalls ein neues Gräberfeld einzurichten. Es orientiere sich etwas an dem Rhododendrongarten, der auf dem Hauptfriedhof existiere. Die Rhododendren seien gepflanzt. Also wer mal vorbeischauchen möchte und die Blütenpracht anschauen wolle, sei herzlich eingeladen. Erwähnen wolle Sie, dass die vergangenen heißen Sommer auch auf den Friedhöfen ihre Spuren hinterlassen hätten. Die Pflanzungen von Jungbäumen und auch von größeren Bäumen hätten deutliche Schäden gezeigt, Trotz der zusätzlichen Bewässerung seien zahlreiche Pflanzen abgestorben. Es gebe Arten, die man in Zukunft vermutlich nicht mehr pflanzen könne. Im Abteilungsbericht 2020 habe sie bereits den sanie-

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach

Blatt 2

rungsbedürftigen Zustand des Dachstuhls der Kapelle auf dem Bergfriedhof thematisiert. Nach den vorbereiteten Arbeiten der Abteilung HGW könne im Jahr 2023 tatsächlich mit den Sanierungen begonnen werden. Geplant sei ein Beginn im Januar 2023. Für eine Dauer von 18 Monaten werde die Sanierung im und am Gebäude und des kompletten Dachstuhls durchgeführt. Die Kosten sollen sich auf 2,2 Millionen Euro belaufen. Herr Dueck habe über das Landesamt für Denkmalpflege und die Denkmalstiftung aus der Lotterie Glücksspirale Zuschüsse und Spenden in Höhe von 366.230 € generieren können. Der Gemeindliche Vollzugsdienst beim Stadtamt Durlach umfasse drei Teilzeitstellen in einem Umfang von jeweils 0,5 Prozent. In einem wöchentlichen wechselnden Schichtplan Sorge man dafür, dass die Schwerpunkte in Durlach und Aue regelmäßig kontrolliert würden. Konkrete Verstöße würden zusätzlich in den Tagesplan aufgenommen. Die Kontrollen würden in der Regel zu Fuß durchgeführt. Die Regelmäßige Nutzung des Dienstwagens verbessere die Mobilität, ebenso der Einsatz des neu erworbenen E-Bikes. Die Zahl der Verstöße insgesamt sei rückläufig. Maßgeblich dafür sei der im November 21 eingeführte Bußgeldkatalog mit einer deutlichen Erhöhung der Bußgelder.

Sie dankt Frau Ries für ihre Unterstützung im letzten Jahr, sowie die Unterstützung der Kollegen im Leitungsteam. Insbesondere Herrn Dueck, der mit der Kapelle sehr viel Arbeit für sich und sein Team habe, danke sie herzlich.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den tollen und knackigen Bericht. Genau so habe er sich das gewünscht und habe man das im Ältestenrat diskutiert. Es sei eine sehr schöne Chance für Führungskräfte zu zeigen, was die eigene Abteilung in der Verwaltung geleistet habe. Er habe eine Nachfrage zu dem Ausgabeautomaten. Das sei ja hoch innovativ, was man hier in Durlach biete, im Unterschied zu anderen Bürgerbüros in Karlsruhe. Er wolle wissen, ob man Zahlen habe, wie häufig er genutzt werde, ob er ausgelastet sei oder ob man hier noch mehr Werbung machen könne.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, es lasse sich sicherlich noch mehr Werbung dafür machen. Aktuell stelle man fest, dass die Leute wieder lieber im Bürgerbüro einen Termin zur Abholung ihrer Ausweisdokumente ausmachen. Fahrradkurier und Ausgabetermin würden eher gemieden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass dies letztendlich dafür spreche, dass man nicht so ungern ins Durlacher Rathaus gehe. Sie könne berichten, der Fahrradkurier sei gesamtstädtisch, weniger in Durlach als in den Karlsruher Bürgerbüros rückläufig, sodass man den Vertrag nochmal verlängere, aber dann müsse man sehen. Man wolle ja diesen Service tatsächlich weiter anbieten, aber irgendwann komme er vielleicht in eine Situation, wo er sich weder für die Bürgerinnen und Bürger lohne, noch auch für die Verwaltung lohne. Man solle gerne Werbung dafür machen. Es sei eine tolle Sache. Hier entstünden Ängste, die man gar nicht haben solle. Und der Ausgabeautomat sei eine

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach

Blatt 3

tolle Funktion. Die Karlsburg stehe ja bis spät abends offen und auch an Samstagen. Da sei man nicht an die engen Öffnungszeiten des Rathauses gebunden.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für den Bericht, es sei ja ein buntes Potpourri, was Frau Stehli hier zu bieten habe. Im ersten Moment irritiere es, wenn man sehe, dass die Sterbezahlen zurückgingen, aber die Sterbezahlen hochgingen. Er interpretiere es so, dass nicht nur Durlacher hier bestattet würden. Anders könne man es sich gar nicht vorstellen. Er wolle wissen, ob man eine völlig freie Friedhofswahl in Karlsruhe habe oder wie das sei. Er wolle wissen, wie es dazu komme.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, zum einen liege es daran, dass das Standesamt an dem Ort, wo man versterbe für die Beurkundung der Sterbefälle zuständig sei. Also wenn er in Karlsruhe Stadt im Klinikum versterbe, wird das Standesamt der Stadt Karlsruhe die Urkunde für seinen Sterbefall ausstellen. Wer hier zu Hause bei einem Verkehrsunfall oder ähnliches im Stadtgebiet Durlach versterbe werde hier beurkundet. Bei der Friedhofswahl erinnere er sich vielleicht an die Erweiterung des Friedhofs Aue. Man habe die Bestattungsgrenzen anhand der Satzungen in Karlsruhe festgelegt. Der Wohnort sei maßgeblich dafür, auf welchem Friedhof er bestattet werden könne. Wenn er hier ein Grab besitze, könne er bestimmen, wer in diesem Grab bestattet werde. Er könne Verwandte aus anderen Städten, Orten und Gemeinden im Bundesgebiet darin bestatten lassen. Das führe dazu, dass Menschen, die nicht in Durlach wohnten, hier bestattet würden.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) fragt, ob das heiße, er könne aus den Sterbezahlen nicht ableiten, wie viele Durlacher gestorben seien. Er könne als nur ableiten, wie viele von ihr hier beurkundet worden seien.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bejaht. Immer das Standesamt des Sterbeorts beurkunde den Sterbefall.

OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) sagt, er habe nur eine kurze Frage zur letzten Passage, dem gemeindlichen Vollzugsdienst. Wenn er sich die Zahlen ansehe, seien das nur zwei festgestellte Verstöße pro Produktivstunde, also pro Produktivpersonaleinsatzstunde. Er wolle wissen, ob sie die Meinung habe, dass ihre Prozesse effizient seien, ihr etwas an Equipment fehle, ob sie mit ihren Mitarbeiter*innen Rücksprache halte. Das würde ihn sehr interessieren. Man stelle sich ja grundsätzlich vor, dass wahrscheinlich mehr als zwei geahndete Verstöße pro Stunde möglich seien.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, nicht berücksichtigt bei der Geschichte seien, Ausfalltage, Urlaubstage und Ähnliches. Man habe drei Teilzeitkräfte, jeder Teilzeitkraft stehe eine Rüstzeit zu. Das seien nicht vier Effektivstunden auf der Straße. Der Mitarbeiter komme, betrete das Haus, ziehe sich um, logge sich in das System ein, überprüfe, welche Aufträge

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach

er habe und was sonst noch an wichtigen E-Mails für ihn gekommen sei und gehe dann auf die Straße. OR Ruf habe Recht, die Effizienz könnte in manchen Bereichen größer sein, aber in Durlach seien die Wege, die zurückgelegt werden müssten, größer. Und wenn ein Bezirk eingeteilt sei für einen Tag, die Polizei anrufe und nun festgestellt werde, es sei dringend erforderlich, dass der Mitarbeiter von A nach B komme unmittelbar, da in einem mobilen Halteverbot geparkt und abgeschleppt werden müsse, dann sei diese Zeit von A nach B Arbeitszeit, aber nicht produktiv. Und je öfter ein Mitarbeiter innerhalb seiner Runde an einen anderen Ort geschickt werde, umso uneffektiver werde das. Man könne das nicht vermeiden, da solche Verstöße unmittelbar kontrolliert und ein Fahrzeug abgeschleppt werden müsse.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) bedankt sich. Sie habe eine Frage zum Vollzugsdienst in Aue, auf den Lohn, Ellmendinger Straße, Ersinger Straße. Da werde wild geparkt. Sie habe das Gefühl, da werde nicht kontrolliert. Sie wolle wissen, ob da kontrolliert werde und an welchen Tagen und ob es bestimmte Tage oder Uhrzeiten gebe. Da werde auf dem Rasen geparkt und unter den Bäumen, überall wo es Platz gebe, ob es genehmigt sei oder nicht.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, Aue sei wie jeder Bereich. Alle Straßen in Durlach seien mehr oder weniger regelmäßig im Dienstplan. Es wechsele. Man habe keine festen Tage und keine festen Uhrzeiten. Es wechsele, damit sich niemand darauf einstellen könne. Das solle gewechselt werden. Man sei regelmäßig in Aue, in der Ellmendinger Straße und auch überall sonst in Aue unterwegs. Man wisse über das Problem, das in vielen Bereichen in Durlach bestehe. Man habe einen Kernbereich in der Innenstadt, den man regelmäßig und häufiger als andere kontrolliere, da auch in der Innenstadt viele Parkverstöße und Fußgängerbehinderungen vorkämen. In den Sommermonaten kontrolliere man zusätzlich außerhalb der normalen Zeiten das Turmbergbad. Das seien alles Arbeitszeiten, die vom Normalen abgingen. Der Mitarbeiter habe eine gewisse Menge an Arbeitszeit, Arbeitszeit an Wochenenden und außerhalb der regulären Arbeitszeiten. Die fehlten dann, um Einzelgebiete zu kontrollieren, aber egal, wo sie einen solchen Verstoß feststelle, wenn sie ihn mitteile und es möglich sei, schicke man eine Kollegin oder einen Kollegen, um diese Verstöße zu ahnden. Diese Wegezeiten verhinderten die Produktivität, da die Mitarbeiter überwiegend zu Fuß unterwegs seien. Man habe das E-Bike, dass man glücklicherweise unterstützend einsetzen könne. Einmal in der Woche sei man mit dem PKW unterwegs. In der Regel seien die Kolleginnen und Kollegen zu Fuß unterwegs. Die Wegstrecken seien sehr lang. Natürlich werde ein offensichtlicher Verstoß auf dem Weg auch geahndet. Es sei produktiver die Bezirke abzulaufen. Aber natürlich sei es erforderlich, solchen Meldungen sofort nachzukommen und zu kontrollieren.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fügt hinzu, dass jeder solche Hotspots im Wohnumfeld habe. Sie wolle nochmal darauf hinweisen, man habe drei Halbtagsstellen. Das seien auch Menschen, die jeder Witterung bei Wind und Wetter ausge-

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach

Blatt 5

setzt seien. Da seien die Krankheitszeiten auch ein bisschen höher als in anderen Bereichen. Durlach, Aue und Bergwald seien sehr groß. Dass man da nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit bestreifen könne, sei klar. Man sei auch sehr dankbar, wenn sie auch Stellen, wo es zu schlimm werde, auch melde, direkt an Frau Stehli, dass man diese Stellen auch mitaufnehmen könne. Natürlich gebe es auch Abendschichten, immer mal wieder unangekündigte Wochenendschichten. Aber man könne mit drei Leuten das nicht jeden Abend und jedes Wochenende machen. Dann kämen noch die Bestreifungen dazu, bei den Kruschtmärkten, beim Altstadtfest. Das seien auch schon alles Wochenenddienste, beim Fastnachtsumzug. Sie wolle aber dazu sagen, man habe in Abstimmung mit dem Gremium noch einen Stellenschaffungsantrag gestellt für die nächste Stellenrunde im Haushalt und zwei halbe zusätzliche Stellen noch beantragt mit der Begründung, man könne eigentlich keine Stellen, aber die, die sich selbst finanzieren, sozusagen über Gebühren und Einnahmen und man hoffe, dass man da erfolgreich sei. Das werde auch nicht die Lösung für alles sein. Sie ärgere manche Stelle in Durlach auch und müsse sich zurückhalten, nicht jeden Tag bei Frau Stehli zu stehen und ihr zusagen, dass man jetzt jemanden hinschicken müsse. Aber sie hoffe, dass man diese beiden Stellen bekomme und noch ein bisschen an der Disziplin arbeiten könne.

OR-Seidler (AfD) sagt, er habe eine Frage zu den außerplanmäßigen Arbeitszeiten, vor Allem zu den Morgenstunden. Gerade im Zeitfenster zwischen sieben und acht Uhr passiere ja relativ viel. Man müsse nur mal beim Scheck-in früh morgens um halb acht stehen. Was da an Lieferverkehr reinlaufe, der kreuz und quer parke. Er wolle wissen, wie oft ihre Mitarbeiter dort im Einsatz seien.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, dass die Arbeitszeiten an sich überwiegend zu normalen Bürozeiten seien. Die Mitarbeiter würden in Schichten beginnen. Derzeit sei es so, dass von diesen drei halben Stellen, ein Mitarbeiter in Vollzeit arbeite, weil eine Kollegin sich in Elternzeit befinde. Eine Mitarbeiterin in Teilzeit beginne meistens etwas später. Der Kollege, der Vollzeit arbeite, komme früher. Er komme auch mal viel früher oder bleibe länger. Man habe einen Tag in der Woche, an dem er über normale Zeiten hinaus kontrolliere, um eben diese Feierabendheimkehrer.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) wirft ein, man solle die Schichtzeiten nicht unbedingt bekannt geben.

Frau Stehli (StaDu) bejaht. Man wechsele, um sich etwas unplanbarer zu machen. Und sie könne es immer wieder sagen. Wenn er feststelle, dass ein Handwerker regelmäßig in den Abendstunden seinen Wagen auf den Gehweg stelle, weil es praktisch sei, bitte sie ihn das mitzuteilen, damit man es in die Pläne einarbeiten könne.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Jährlicher Bericht der Abteilung Bürgerdienste Durlach

Blatt 6

OR-Seidler (AfD) sagt, es gehe speziell um die Morgenstunden. Da passiere nach seinem Dafürhalten noch mehr.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, dies sei korrekt, aber man habe in den Abendstunden auch das Problem. Die, die abends kämen, die Zufahrten zuparkten und die Müllabfuhr, die früh komme, behinderten, die müssten ja auch angegangen werden. Man wechsele, aber das Hauptgeschäft der Behinderungen finde tagsüber statt in den Fußgängerbereichen oder hier im Altstadtring. Da liefen die meisten Beschwerden auf, vormittags und in den frühen Nachmittagsstunden.

OR Pötzsche (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, er wisse gar nicht wie Frau Stehli ihre eineinhalb Personen noch alles zerreißen sollen. Er wolle ein Feedback zu den Friedhöfen geben. Als Friedhofspfleger sei er oft oben auf dem Bergfriedhof. Er könne sich davon überzeugen, wie gut dieser in Schuss gehalten werde. Auch, dass das Wegenetz sich sukzessive im Rahmen der Möglichkeiten verbessere, sei eine tolle Sache. Man merke, was das für ein Begegnungsplatz sei. Er werde sehr gut besucht von den Angehörigen und werde gut wahr- und angenommen. Er sei am letzten Sonnabend am Volkstrauertag auf dem Friedhof in Aue gewesen, wo er bisher fast noch nie gewesen sei. Er sei dort vorher und nachher herumgeschlendert und habe festgestellt, ein schöner Friedhof mit hoher Aufenthaltsqualität. Die Kapelle sei in einem guten Zustand, Sanitäranlagen seien in gutem Zustand. Man wünsche sich von manchen Gräbern, dass sie in gutem Zustand wären, aber das falle nicht in ihr Ressort. Von seiner Seite ein Feedback an Frau Stehli, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Mitarbeiter seien gute Ansprechpartner, auch für die Besucher und wenn er selbst mit ihnen in Kontakt sei, immer nett und freundlich. Er bedankt sich und bittet um Weitergabe des Feedbacks.

Frau Stehli (StaDu) bedankt sich, sie gebe es an die Mitarbeiter weiter.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich. Man dürfe froh sein, diesen Bereich Bürgerdienste wohnortnah für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Das sei nicht immer leicht, es sei sehr ein anstrengender und konfrontativer Job, manchmal. Aber sie habe den Eindruck, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich in diesem Bereich doch recht wohlfühlen und man mit Frau Stehli eine gute Mannschaft zusammengefunden habe und so ein bisschen das Durchatmen nach den Corona-Einschränkungen tue allen gut. Sie danke Frau Stehli und ihren Kolleginnen und Kollegen. Sie wisse, was das für ein Knochenjob sei, die ganzen Bereiche zu führen und zu organisieren. Vom baulichen bis hin die ganzen neuen Techniken in den Bürgerdiensten einzuführen. Da sei einiges im Gange und da dürfe sie für das ganze Gremium sagen, da habe man mit der Abteilungsleiterin, Frau Stehli, einen Glücksgriff gemacht und sie dürfe sich bei ihr und ihrem Team recht herzlich bedanken.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2, Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen**, auf. Sie habe es erwähnt, man sammle alle Fragen und werde diesen dann gerne in öffentlicher Sitzung vortragen.

OR-Elke-Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für den Bericht. Sie habe einen Impulsvortrag von etwa eineinhalb Stunden vorbereitet, versuche es jetzt etwas zusammenzufassen, was ihr immer sehr schwerfalle. Dass der Supportdienst anlaufe, dass personell verstärkt werden sollte, sei sicher sehr wünschenswert, um die Digitalisierung, die sicher auf einem guten Weg sei, voranzutreiben und den Schulen Unterstützung zu bieten. Hier würde sie interessieren, bis wann damit zu rechnen sei, dass der Personalstand dort aufgestockt werde. Dann gehe es um die baulichen Maßnahmen an den Durlacher Schulen. Dass die Schlossschule nun aus verschiedenen Gründen verspätet fertig werde, sei de facto zu erwarten gewesen. Welche Baustelle sei schon pünktlich? Ein Trauerspiel sei eigentlich, dass das zweitgrößte Gymnasium Karlsruhes immer noch mit einer Mensa verträstet werde. Dieses Thema habe man ja schon seit Jahren auf dem Tisch und man lese wieder, man sei hier in der Prüfung, Planung und irgendwie habe man immer das Gefühl: „Gott machts die Mensa und fertig!“. Auch die Formulierung, dass die Schulleitung in den Prozess miteingebunden sei, sei sehr freundlich formuliert. Denn von Einbindung würde sie nicht sprechen, es sei eine Mitteilung an die Schulleitung. Einbindung stelle man sich anders vor. Da hätte man gerne und dass möchte sie gerne zu Protokoll geben, dass die Fraktion B'90/DIE-GRÜNEN doch sehr darauf poche, dass hier endlich die Mensa entstehe. Dort gingen knapp 1000 Schüler zur Schule und ein Mittagsessensangebot gehöre einfach inzwischen zu einem Schulalltag dazu. Ähnlich desaströs sei es an der Schule am Turmberg. Dieses Schulgebäude sei marode. Ja, man habe immer modernisiert und Teilsanierungen gemacht, zu warten bis die Vereinslage in die Hub runter komme, sei auch für die dort Zur-Schule-gehenden und dort Arbeitenden mittlerweile ganz schön doof. Die Schulwege seien weit, die Kinder kämen aus einem relativ großen Einzugsgebiet. Auch hier wäre es schön, wenn man vielleicht eine andere Lösung finden würde oder überhaupt mal eine vernünftige Lösung finden könnte. Und dann zu den Zahlen die vorgelegt worden seien, möchte sie klarstellen, dass sie mitnichten die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern, von anderem pädagogischen Fachpersonal an Durlacher kritisieren wolle. Und trotzdem würden diese Übertrittszahlen, wie fast jedes Jahr doch Anlass dazu geben, verschiedenste Fragestellungen aufzuwerfen. Sie wolle wissen, warum würden an der Schlossschule, wenn sie es richtig im Kopf habe, 79% übertreten, an der Pestalozzischule nur 42%. Ein Schelm wer etwas Böses dabei denke, wer Terkisisdis gelesen habe, Rassismus bilde, da sei sie schnell dabei. Sei Ali dümmer als Sophie? Und das werfe die Frage auf, was tue die Stadt Karlsruhe in der personellen Ausstattung der Schulen. Vor allem die personelle Ausstattung, vor allem an den Grundschulen sei auch schlecht. Es gebe zu wenig Personal, die Klassen würden immer größer. Die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer seien 2022 deutlich gestiegen. Welchen Personalaufwand betreibe man hier, um wirklich allen Kindern Bildungschancen, die zu einer sozialen Gerechtigkeit

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 2

führten, anzubieten. Dass gleiche gelte für den Bergwald oben. Man könnte auch fragen, warum die Schlossschule keine VKL-Klasse habe. Warum gehe das alles über die Pestalozzischule, die ja noch dazu die Schule an der Felsstraße betreue. Da wäre noch die Frage, ob die für eine Beschulung verantwortlich sei, denn die Felsstraße habe ja noch einen Ableger bekommen in Eggenstein, ob die da auch dazugehörten und wie das für einen Rektor, also eine Lehrerschaft organisatorisch bewältigbar sei mit zu wenig Personal mit zu wenig pädagogischen Fachkräften, mit einer Menge Anforderungen an Schüler. Und wenn sie höre aus den Schulen, dass Zusatzangebote wie Deutschkurse, wegfielen, dann mache ihr das wenig Hoffnung, dass unser Bildungsangebot wirklich gut sei. Man werde in Durlach nicht das aktuelle Schulsystem zum Ändern kriegen. Es sei hundert Jahre alt und hundert Jahre schon nicht wirklich gut. Aber sie wolle wissen, was tue man in Durlach, was tue die Stadt Karlsruhe in der Stadt Karlsruhe, hier Missstände endlich aktiv anzugehen. Fehlen würden ihres Erachtens auf diesem Zettel und das sei im Schul-Monitoring der Stadt Karlsruhe: Wie viele Schulabbrecher habe man in Durlach, schuldistanzierte Kinder und Jugendliche, schulabbrechende Jugendlichen und wie seien die Fluktuationen zwischen Gymnasium, Realschule und Grundschule?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, man müsse jetzt allerdings vielen Dank für den großen Umriss sagen. Am Markgrafengymnasium, da könne sie in die Runde gucken, dass man da vielleicht eine Aktion vom ganzen Ortschaftsrat brauchen könne. Sie könne manchem nicken entnehmen, da sei man sich sehr einig. Dass man für die Schule am Turmberg eine Lösung brauche, könne sie vermutlich auch durch das Gremium gucken, sei völlig richtig. Dass man die Digitalisierung vorantreiben müsse, dass da jetzt was passiert sei, vielleicht nicht immer genug. Dass da durchaus viel passiert sei, höre sie auch von den Rektoren. Das sehe sie die Rückmeldung nicht so kritisch. Bei solchen Dingen kämen die Rektoren auf sie zu, dass man da unterstütze und das tue man auch und da sei wirklich einiges passiert. Beim Personal wolle sie aber noch etwas klarstellen. Nur die Stadt Karlsruhe sei nicht für das Lehrpersonal an Schulen zuständig. Dies seien doch Landesbeamte, das sei das staatliche Schulamt. Man könne sich sehr wohl darüber Gedanken machen, das sei ein ganz anderer Ansatz, dass man da noch mehr Schulsozialarbeit mache, mehr Programme insgesamt, was auch das Außerschulische angehe. Da sei sie sofort bei ihr und habe ihre hundertprozentige Unterstützung. Und da sei man ja auch mit Jugend und Soziales mit unserer Schulsozialarbeit ganz nah dran und würde manches auch gerne noch mehr tun, mit mehr Personal. Bei dem reinen Lehrpersonal könne man, so glaube sie, nicht sagen: Was tut hier die Stadt Karlsruhe? Da müsse sie zurückgeben, was tue da der Ortschaftsrat, damit er beschließe und sage: Wir fordern eins, zwei, drei vom staatlichen Schulamt. Aber in dem anderen Bereich schaffen wir Chancengleichheit, da sei man sich hundertprozentig einig, in jedem Schultyp im Übrigen, aber das sei ganz besonders wichtig natürlich in den Grundschulen. Und das fange bereits bei der Arbeit in den KITAs an. Dort sei schon wirklich die soziale Arbeit zu leisten, um Chancengleichheit zu schaffen. Aber sie denke, da werde man wirklich eine große Über-

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 3

einstimmung in diesem Gremium kriegen. Und sie sei sehr gespannt, was das Schul- und Sportamt auf diese Fragen antworte. Nur beim Personal müsse man ein bisschen unterscheiden. Da werde man sich aber auch einig, glaube sie.

OR-Elke-Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) antwortet, dann solle man die Frage doch umformulieren, was an gut ausgebildeten fachpädagogischen Personal parallel zu Lehrkräften, die dann aber auch, möglichst in Kooperation gut zusammenarbeiten würden und nicht nebeneinander her.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, da komme man wieder ganz eng zusammen.

OR-Malorius (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass am Gymnasium gegenüber der Straße die Mensa geplant sei und der Gebäudekauf. Er wolle wissen, wie weit das realisiert sei und wann es gemacht werde. Der Rektor des Gymnasiums habe gesagt, er sei interessiert, wenn das Finanzamt Durlach nach Karlsruhe ziehe, ob das Gymnasium sich in dem Finanzamt Durlach Gebäude erweitern könne. Früher seien im Ortschaftsrat und im Bezirksbeirat die neuen Rektoren vorgestellt werden. Und man habe zumindest mitbestimmen können. Er wolle wissen, warum das jetzt nicht mehr gemacht werde, und ob hier ein neues Gesetz im Land entstanden sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, man sei immer involviert worden.

OR-Malorius (FDP-OR-Fraktion) entgegnet, dass dies bei den neuen Rektoren nicht mehr so gewesen sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man dann nachfragen müsse. Sie fragt, wann der letzte Rektorenwechsel gewesen sei. Markgrafen und Schlossschule habe man gehabt. Man kläre es.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) sagt, der Bau der Mensa des Markgrafengymnasiums sei dringend notwendig, auch im Hinblick, dass Schüler hier in Durlach blieben, am Durlacher Gymnasium und nicht woanders hingingen. Er wolle nicht wiederholen, was zum Teil schon gesagt worden sei. Es erfordere dringend diesen Bau gegenüber. Das Schul- und Sportamt sei da gar nicht die richtige Adresse, aber dann sei es das Liegenschaftsamt. Er sei bis 2018 dort im Dienst gewesen und bevor er ausgeschieden sei, sei die Sache, das Grundstück gegenüber spruchreif geworden. Jetzt sei 2022, er lese hier, dass bis 2023, Mitte des Jahres, vielleicht dieser Kauf abgeschlossen sei. Das sei für ihn unvorstellbar und unglaublich. Und er meine auch, dass das im Besitz des Landes sei. Das scheine ihm dann auch nicht so schwierig, dass in den Besitz der Stadt überzugeben. Er wolle wissen, wie

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 4

es möglich sei, dass man so lange brauche, eine notwendige Maßnahme dadurch durchzuführen, weil das Grundstück nicht erworben werde. Das sei für ihn nicht nachvollziehbar. Und wenn es das Sport- und Schulamt nicht beantworten könne, dann hätte er da gerne eine Antwort des Liegenschaftsamts.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, diese Frage müsse an das Liegenschaftsamts gestellt werden. Es gebe aber noch Unglaublicheres. Der Rußweg sei auch noch nicht da.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) sagt, er sehe noch eine Gefahr auf die Schule zukommen. Das liege ihm am Herzen. Deshalb sage er das immer ganz deutlich. Da werde gesprochen von den Gebäuden Badener Straße 9a und 9b. Er sehe da ein gewisses Problem, so lang die Straßenbahn fahre, dass an die Schule anzugliedern. Er sehe noch ein zweites Problem mit den Räumlichkeiten. Das seien wahrscheinlich relativ kleine Räume. Er wisse nicht, ob da das Markgrafengymnasium angemessene Möglichkeiten finden könne, oder ob das nur so eine Maßnahme sei, weil man diese Häuser erwerben haben könne und gedacht habe, man könne sie vielleicht mal dem Markgrafengymnasium anbinden. Er wolle nichts unterstellen, aber er sehe da eine gewisse Gefahr. Und falls da etwas gemacht werde, wolle er wissen, was passiere dann tatsächlich mit dem sinnvollen Gebäude gegenüber dem Schulhof.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man müsse mit Unterstellungen ein bisschen aufpassen, man sei in öffentlicher Sitzung. Diese Gebäude seien in Absprache mit dem Markgrafengymnasium erworben worden, aber klar im Bewusstsein, dass das nicht ideal sei, dass man die Mensa auf der gegenüberliegenden Seite haben wolle. Aber man habe diese Gebäude und solle froh sein. Man habe hier schon häufig diskutiert, dass die Stadt Gebäude nicht erworben oder verkauft habe. Sie seien einfach als Option fürs Gymnasium oder für anderes erworben wurden und sie sei froh, dass man diese habe. Man lese auch und in diesem Sinne werde es auch eine Machbarkeitsstudie geben, da werde keiner das Markgrafengymnasium in Räume setzen, die es nicht gebrauchen könne. Da werde man auch ein Auge darauf haben. Dies sei wichtig klarzustellen. Die Kritik mit der Mensa sei eindeutig formuliert und die müsse man auch entsprechend weitertransportieren, dies sei ganz klar. Aber Sie bitte, nicht noch anderes, was gut gemeint sei, der Erwerb von umliegenden Immobilien, damit zu verquicken.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) merkt an, dass das Spannungsfeld Schule alle mehr oder weniger beschäftige. Man müsse nun ganz klar abgrenzen, was sei Zuständigkeit des Landes, von den Inhalten der Lehrpläne und was sei beim staatlichen Schulamt angesiedelt. Er finde es schön, dass man jetzt schon einen eigenen Berichtspunkt zu dem Projekt Spannungsfeld, IT moderne Schule, habe. Das sei ja auch ein Steckenpferd von ihm und da habe er auch wieder Fragen. Also er nehme zur Kenntnis, dass sich ein bisschen was

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 5

getan habe, er nehme aber auch zur Kenntnis, dass da nach wie vor einige Schulen, wie die Pestalozzischule, erst an die Glasfaser angebunden würden, wenn die Fernwärme dort hinkomme. Wobei ihm nicht so ganz klar sei, was das eine mit dem anderen zu tun habe. Was er sich wünschen würde, wäre eine breite WLAN-Ausleuchtung aller öffentlichen Schulen in Durlach. Er habe da den direkten Vergleich zu Privatschulen in Karlsruhe und auch zu Schulen in den USA. Selbstverständlich seien die alle zugänglich und die Kinder, Jugendlichen und Schüler könnten alle das WLAN nutzen für Rechercharbeiten und und und. Er habe manchmal das Gefühl, an staatlichen Schulen diskutiere man noch, ab welchem Alter ein Kind ein Handy haben und ab welchem Alter es ins WLAN dürfe. Man wünsche, dass man da in der Realität ankomme und die Schulen auch wirklich alle mit freiem WLAN für die Schüler ausgeleuchtet würden. Zum Thema Endgeräte sehe er, da gebe es durchaus Budgets aus dem Digitalpakt, die auch teilweise von den Schulen abgerufen würden, teilweise nicht. Er müsse da ganz klar sagen, er habe das Gefühl, dass insbesondere die etwas wohlhabenderen Familien mit den Füßen abstimmen und einfach Endgeräte kaufen. Im Bekanntenkreis habe man viele Jugendliche, die jetzt alle mittlerweile Tablets hätten und damit arbeiteten und nicht darauf warteten, dass die Schule jetzt irgendwo mal einen Antrag stelle. Das sei natürlich unschön. Es gebe viele Kinder, die aus Familien kämen, die sich das nicht leisten könnten und da würde er sich viel mehr wünschen, niedrighwelligeren Zugang zu solchen digitalen Endgeräten. Es funktioniere auf den Privatschulen. Da seien manchmal die Entscheidungswege kürzer als sie vielleicht im Staatsdienst seien. Aber da bestehe Nachholbedarf, weil ansonsten stimmten die, die es sich leisten könnten, mit den Füßen ab.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) merkt an, er sei froh, dass schon so vieles im Vorfeld geklärt worden sei, was Landessache, was städtisches Schulamt sei. Die wichtigsten Punkte wie Markgrafengymnasium seien auch angesprochen worden. Einen Punkt habe er noch aus grauer Erinnerung, betreffe die Schule am Turmberg und die Gewerbeschule. Er wolle wissen, ob nicht mal überlegt worden sei, einen sogenannten Schulcampus in Zusammenhang mit den beiden zu schaffen und ob das noch zusammenhänge mit den Sportstätten in der unteren Hub. Er habe da was in Erinnerung aber er sei beim Recherchieren im Hochleistungs-RIS bis dato noch nicht darauf gekommen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, es habe in der Tat einen Prüfauftrag aus unserem Haus gegeben und auch aus dem Gemeinderat oder aus einem gemeinderätlichen Ausschuss, der die Verwaltung beauftragt habe. Das würde sie als Stadtrat mal nachfragen, der sei nämlich verschwunden.

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) sagt, Elke Frey habe schon alles gesagt. Sie könne nur unterstützend sagen, es wäre wichtig, man würde sich wirklich interfraktionell zum Wohle aller und dem Herrn Siebach beschuldete sie sagen, sie glaube allen von ihnen liege Bildung am Herzen. Weil ohne Bildung könne man überhaupt nichts. Zum anderen hätten

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 6

sich in der letzten Legislaturperiode alle Fraktionen zusammen schlau gemacht und da habe man sich stark dafür gemacht, dass etwas geschehe. Und gerade diese Menschen seien wichtige Mitglieder und Bindeglieder unserer Gesellschaft und hätten es verdient, dass man sich verstärkt auch darum kümmere. Das wäre ein weiteres Geschehen, wo man sich einbringen müsse. Ansonsten sei alles gesagt und wie die Ortsvorsteherin vorhin schon gesagt habe, das gehe alles weiter an die Frau Scheuerer und von daher gesehen, finde sie, habe man ein gerüttelt Maß, um interfraktionell bitteschön gut zu agieren.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) sagt, er reite auch nochmal auf dem Thema Mensa Markgrafengymnasium rum. Man habe ja diesen kurzen Absatz zu den Baulichkeiten dort gelesen. Da würden ja zwei Dinge aufgeführt. Zum einen Karl-Weysser-Straße Mensa und zum anderen in der Badener Straße und am Ende stehe dann, das Projekt könne nach derzeitigem Stand im Doppelhaushalt 28/29 verankert werden. Man habe in der Fraktion das eigentlich so verstanden, mit diesem Projekt sei die Badener Straße gemeint, aber hören tue er, dass der Schule das für beides in Aussicht gestellt worden sei. Da müsse er Herrn Siebach recht geben. Wie lange werde schon über die Mensa geredet. Er gucke auch ein bisschen auf die Schülerzahlen, die man hier vorgelegt bekommen habe. Er wisse nicht, ob das ein Ausreißer sei, aber im Markgrafengymnasium sei man schon einmal bei 1000 oder sogar plus und jetzt sei man bei 820 und er sehe da Zusammenhänge. Man sei als Ortschaftsrat Durlach für unser Gymnasium hier zuständig und es sei so, in der Stadt habe nahezu fast jedes Gymnasium eine Möglichkeit. Entweder sei in der Nähe eine Mensa, die man nutzen könne, oder die Schule habe selber so etwas. Er glaube, es sei mittlerweile so, die Eltern erwarteten, dass wenn die Kinder zum Teil den ganzen Tag dort seien, dass es dort ein organisiertes Mittagessen gebe. Das sei so etwas Zentrales. Und jetzt komme er auf das, was Frau Ries gesagt habe und jetzt sei man ja aufgerufen - der nächste Haushalt stehe an – dazu Stellung zu nehmen. Man sollte Richtung Gemeinderat ein klares Signal geben, dass in den nächsten Haushalt Geld für diese Mensa eingestellt gehöre und nicht in den Haushalt 28/29. Das wäre eine Anregung, die man nicht früh genug Richtung Gemeinderat, Richtung Stadtverwaltung an anderer Stelle platzieren könne. Und hier sei nicht das Schulamt der richtige Ansprechpartner, denen jetzt zurückzumelden, man sei hier entsetzt das zu hören, sondern ganz konkret Richtung Haushalt müsse da etwas platziert werden und zwar interfraktionell, Gesamtschaftsrat und zwar mit so viel Macht wie man könne und mit so viel Kontakten in die Gemeinderatsfraktionen, wie da möglich sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) gibt OR Dr. Wagner Recht. Das sei eine politische Entscheidung, das werde ein politisches Statement. Das sei nicht nur ein Feedback an das Schul- und Sportamt und an das Liegenschaftsamt. Sie glaube, alle beteiligten Ämter bräuchten hier ein klares Statement des Ortschaftsrates und dann idealerweise auch vom Gemeinderat.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 7

OR Pötzsche (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, er habe eine Frage zur Oberwaldschule. Da sei den Ausführungen der Verwaltung zu entnehmen, dass an einem Modernisierungskonzept für die Schule gearbeitet werde. Das gehe dann über HGW und Stand Heute solle es für den kommenden Doppelhaushalt 2024/2025 eingereicht werden. Im Prinzip müsste das Projekt oder die Ausarbeitung schon relativ weit sein, da die Haushaltsberatungen schon im nächsten Jahr beginnen würden. Und da möchte er nur darum bitten, dass das Projekt auch frühzeitig im Ortschaftsrat vorgestellt werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass Herr Dueck ja da sei und sie gehe davon aus, dass der sagen könne, wie der Stand sei.

Herr Dueck (StaDu) führt aus, die Entwürfe seien noch nicht so weit, dass sie vorgestellt werden könnten, aber sie seien dran. Sie seien immer wieder vorgestellt worden im HGW. Und die seien noch nicht so weit, dass sie noch nicht vom Schul- und Sportamt genehmigt seien. Sobald das stehe – gearbeitet werde daran – würden sie dann auch im Ortschaftsrat vorgestellt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass das eine klare Aussage sei.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) sagt, die städtischen Horte würden ja ein Auslaufmodell, weil Ganztagschule de facto in Schule übergehe. Man habe zwei Horte in Durlach, einen hier am Weiherhof und einen in Aue. Sie wolle wissen, ob es hier schon konzeptionelle Überlegungen, was mit den Kindern in den Horten und den Mitarbeitern passiere. Außerdem wolle sie wissen, ob diese der nächstliegenden Schule angeschlossen würde und ob es da in der Stadt schon Überlegungen oder aussagefähige Ideen gebe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) verneint. Aber es gebe aussagefähige Dinge. Das erfolge in einem stadtweiten Prozess mit SJB, auch das Stadtamt Durlach sei beteiligt. Es gebe unterschiedliche Stufen, Kernfachgruppen, Steuerungsgruppen zu auch unterschiedlichen Themen. Da seien auch die Hortleitungen beteiligt. Man bringe sich in diesen Prozess auch ein. Der habe jetzt sozusagen gestartet. Das sei in der Tat eine gewisse Aufregung stadtweit bei den Horten, da man auch etwas Angst um die Qualität habe, was man an den Horten schätze. Klar dürfte schon sein, dass das Personal von der SJB zum Schul- und Sportamt wechsele und man dann gemeinsam mit dem Personal – das sei ein wichtiges gewesen, sie sei da auch im Austausch mit dem Personalrat und dem Gesamtpersonalrat – in einem mitarbeiterbezogenen Prozess ausgearbeitet werde und dann hoffentlich zu einem Ergebnis führe, mit dem alle Seiten mit leben könnten. Ihnen sei wichtig, dass das Personal der Horte weiter dem Stadtamt Durlach zugeordnet bleibe, wie es jetzt auch sei, obwohl die fachliche Anbindung an SJB sei. Sie wisse das von

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht zur Schulsituation an Durlacher Schulen

Blatt 8

ihren Kolleginnen und Kollegen, dass das auch ein ganz großes Ziel sei, dass diese das auch unbedingt haben wollten. Da habe sie auch schon Gespräche darüber geführt. Sie denke, dadurch dass der Prozess jetzt starte, würde sie von ihrer Seite aus zusagen, dass wenn die ersten Sitzungen stattgefunden hätten, sie durch sich und Herrn Laue in dem Prozess regelmäßig berichteten, wenn dies okay sei. Sie stelle keine weiteren Wortmeldungen fest und möchte sich ganz herzlich bedanken. Es seien ja viele Fragen zusammenkommen. Vielleicht müsse man sich auch nochmal zusammentun, den ein oder anderen Antrag zu stellen. Sie möchte an dieser Stelle nochmal – man sei in öffentlicher Sitzung – den Schulleitungen und ihrem Kollegium jeweils einen Dank aussprechen. Das sei ja durchaus ein heißer Ritt durch die Coronazeit gewesen und sie glaube sie hätten allesamt einen riesen Job gemacht. Und sie finde es sehr bedeutsam, dass sie immer sehr kooperativ und immer sehr stark in der Zusammenarbeit mit dem Stadtamt geblieben. Man habe auch bei den Schulen immer offene Türen. Man habe tolle Rektorinnen und Rektoren, die immer wieder Aktivitäten mit ihnen gemeinsam starteten, wo man in engem Austausch sei, die sie anriefen, wo sie aber auch immer eine Bitte äußern könne und wo man sehr gut und offen miteinander umginge. Es sei ihr sehr wichtig, dass sie es im Namen des Stadtamtes den Schulen sage, was für eine tolle Arbeit sie dort machten. Sie glaube aber auch, dass diejenigen, die heute anwesend seien, spürten, dass dieses Gremium hier ein großer Unterstützer der Durlacher Schulen sei, auf das man sich verlassen könne. Sie sehe Herrn Inhoff schon nicken und glaube, das könne man an alle weitergeben.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Aktueller Sachstand zum Haushaltssicherungsprozess

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3, Aktueller Sachstand zum Haushaltssicherungsprozess**, auf. Man habe sozusagen auch mal das stadtweit zusammengestellt, um was es gehe. Es gehe heute aber nur um eine Kenntnisnahme, wie weit der stadtweite Prozess auch sei. Man habe keinen Beschluss zu fassen. Sollte es zu Anpassungen bei Mietentgelten kommen, komme man auf dieses Gremium zu, mit einer entsprechenden Kalkulation, mit einer entsprechenden Begründung, wie man das sonst auch gemacht habe. Bei der Optimierung der amtsinternen Prozesse sei man schon sehr weit, da sei man jetzt wirklich schon effektiv weiterkommen. Und die Zahlen der Einnahmen würden auch sehr gut aussehen. Sie würden also einen sehr beruhigten und gelassenen Herrn Rößler sehen. Ihnen sei wichtig, man wolle den Haushaltssicherungsprozess schaffen, ohne an Personal sparen zu müssen. Da sehe sie keine Möglichkeiten mehr, ohne wirklich tiefgreifende Änderungen oder Verschlechterungen für ihre Kolleginnen und Kollegen. Ihre Maßnahmen, die von der Stadtkämmerei auch als plausibel erachtet worden seien, würden sie gerne in diese Richtung tun. Wenn sie es insofern mal zur Kenntnis nehmen würden und sie insofern weiter machen ließen und dann zu gegebener Zeit ganz konkret beschließen würden, könne man diesen Weg so weiter gehen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4, Fahrradstraßen Aue-Durlach**, auf. Diesen Antrag der Fraktion B'90/DIE-GRÜNEN habe man in Abstimmung nochmal um eine Sitzung verschoben. Sie begrüßt Herrn Friese vom Stadtplanungsamt.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, man habe den Antrag gestellt, Aue mit Durlach besser mit Fahrradstraßen zu verbinden und damit eine echte Fahrradinfrastruktur zu schaffen. Eigentlich wolle sie beginnen mit zwei Meldungen. Die erste habe man am Samstag in der BNN lesen können. Da sei Karlsruhe zum wiederholten Male zu einer fahrradfreundlichen Kommune gekürt worden, vom Land Baden-Württemberg und zwar mit einem hohen Radverkehrsanteil von über 30%. Die zweite sei schon etwas älter. Sie stamme von der Durlacher Stadtdenkerin Jessica Durlacher, die Ende August in einem Interview in der Durlacher Woche gemeint habe, sie fände es ja schade, schade, dass Durlach wunderschön, hier aber so wenige Leute mit dem Fahrrad unterwegs seien. Das sei auf den ersten Blick widersprüchlich, auf den zweiten Blick aber nicht. Wer in Karlsruhe mit dem Fahrrad unterwegs sei, der stelle fest, ja in Karlsruhe habe sich unheimlich viel getan. Irgendwie sei in Durlach nicht groß etwas davon angekommen. Vor dem Hintergrund habe man diesen Antrag gestellt. In der Stellungnahme stehe, es sei eine 30er-Zone, es stimme, dass es Mischverkehr sei, aber merkwürdigerweise gebe es nicht viele Leute, die mit dem Fahrrad führen, zumindest nach Augenschein. Sie würde es begrüßen, wenn er dort mal Zählungen vornehmen würde. Man wisse, sowohl aus der Wissenschaft als auch aus Praxisbeispielen wie zum Beispiel Karlsruhe, schaffe man die Fahrradinfrastruktur kämen auch die Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen. Und wenn sie sich die Stellungnahme angucke, dann sage sie, die Idee sei es gewesen, man habe ein ganzes Netz an Fahrradstraßen, angefangen von der Kärntner Straße, über die Grenzstraße, Basler-Tor-Straße, bis ins Zentrum von Durlach und dann verteilt bis zu den Schulen, Weiherstraße, Gärtnerstraße, Kanzlerstraße. Man habe das ganz charmant gefunden. Dann komme die Stellungnahme von dem Stadtplanungsamt und darin stehe: Geht nicht! Und herangezogen dazu würden die Musterlösungen von dem Radnetz Baden-Württemberg. Die bestimmten eine Mindestbreite von qualitätsvollen Fahrradstraßen, in Abhängigkeit von der Beparkung. So weit so gut, aber wenn sie diese Stellungnahme lese, das tue ihr wirklich leid, das sagen zu müssen, dann habe sie den Eindruck sie werde geschrieben im Geiste von: Naja, ist nicht ganz einfach, geht nicht. Wir sehen Barrieren. Anstatt sich zu überlegen, was man denn tun könnte, damit so eine innovative Idee funktioniere. Sie habe sich dann tatsächlich die Mühe gemacht, sei am Wochenende durch diese Straßen gefahren und habe alles nachgemessen, zum Teil über Google Earth. Und sie könne die Einschätzung nicht ganz teilen, dass es nirgendwo funktioniere. Zum Beispiel, wenn sie sich die Basler-Tor-Straße ansehe. Da gebe es bereits einen relativ hohen Anteil an Fahrradverkehr, im Gegensatz zu vielen anderen Straßen. Das sei auch ganz klar. Es sei eine ganz kurze Verbindung zwischen Durlach und Aue. Und sie erfülle an den allermeisten Stellen die Anforderungen, dass die Mindestbreite 5,75 m habe, wenn man einseitig beparke. Die zweite Seite der Beparkung sei außerhalb des Straßenraums. Dies seien

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach**

Blatt 2

Parkbuchten. Das heiße diese 5,75 m würden reichen. Es gebe ein, zwei Engstellen, da müsste man nicht mal eine Handvoll von Parkplätzen wegnehmen und auf der anderen Seite müsse man sehen, das sei eine Gegend, da gebe es unheimlich viele Parkgaragen in den Hinterhöfen. Da gebe es Einfahrten. Es sei also nicht so, dass es keine Parkmöglichkeiten gebe. Man wolle weder durch unechte Fahrradstraßen den Leuten nicht mehr ermöglichen mit dem Auto da zu fahren. Das möchte sie auch ganz klar an die Adresse der CDU, weil man sich da schon öfter beharkt habe, feststellen, noch wolle man große Parkplätze streichen. Beispiel Weiherstraße, hier seien die Anforderungen schon im Augenblick erfüllt. Und sie wisse es ganz klar, dieses Gremium sei nicht der Ort für Details, aber man würde sich wünschen, dass man heute nicht darüber abstimme, sondern das ganze in den Ausschuss zwei en détail gemeinsam erarbeiten. Sie habe dazu eine PowerPoint erarbeitet, wenn er wolle, könne er sie gerne haben.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für Antrag, Stellungnahme und die Verschiebung um eine Sitzung. Karlsruhe sei eine fahrradfreundliche Kommune. Diese Auszeichnung habe man bekommen und er frage sich, ob wirklich alle so schlecht sei. Er frage sich auch, ob da, wenn man mit Fahrradfreundlichkeit, er glaube in diese Richtung wolle man alle, wenn man da was mache, ob da unbedingt immer das Schild Fahrradstraße dran kleben müsse. Selbstverständlich wolle man für die Fahrradfahrer etwas tun, damit es sicher sei und sicherlich sei die Verbindung von Aue nach Durlach eine herausragende, die sicherlich auch geeignet sei, um für die Fahrradfahrer noch etwas zu tun. Ihm sei aber manchmal nicht klar, wie die Stoßrichtung der Anträge der Kollegen von den Grünen sei. Er hab es eigentlich auch so verstanden, wenn man von echten Fahrradstraßen spreche, dann seien die eben frei von Autos und dann seien diese frei von Parkplätzen. Er habe von den Einführungen der Kollegin Dr. Klingert gehört, dass man das nicht wolle. Das sei etwas, wo er sage, man brauche die Parkplätze in diesen alten Wohnquartieren, man könne nicht einfach die Autos da wegradieren, man müsse da Kompromisse finden zwischen der Sicherheit der Radfahrer und der Möglichkeit die Parkplätze zu erhalten. Daher ein klares Signal von ihnen, man wünsche sich das auch, ob man immer das Etikett Fahrradstraße dranhängen müsse, wisse er nicht, aber man wolle etwas für die Fahrradfahrer auf der Straße tun.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) antwortet, man habe genau aus diesem Grund eine unechte Fahrradstraße beantragt, weil es ganz klar sei, jeder wolle zu seinem Haus kommen, man könne nicht alle verbannen aus den Straßen. Es gebe zwar ein, zwei Stellen, wo man eine echte Fahrradstraße beantragen könne. Sie denke aber, in der Mehrzahl würden es insgesamt auch im städtischen Raum unechte Fahrradstraßen sein. Der Vorteil sei ihrer Meinung nach, eine Umkehrung der Verhältnisse. Das heiße nicht, dass da wirklich viel weniger sei. Es werde sicher mit der Zeit weniger Auto gefahren, aber jeder komme noch von A nach B. Aber Fahrradfahrer dürften nebeneinander fahren. Und Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer seien dann einfach diejenigen, die in

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach**

diesen Straßen den Ton angeben würden. Das sei einfach eine Umkehrung der Machtverhältnisse gegenüber dem Status Quo, den man im Augenblick habe. Und ja, sie als Grüne stellten solche Anträge. Und das liege eben daran, dass man ein zukunftsfähiges Durlach mitgestalten wolle und nicht den Status Quo erhalten, unbedingt.

Herr Friese (StPIA) bedankt sich für die vielen Rückmeldungen. Zunächst zu den Fahrradstraßen generell: Sie habe ja gesagt, dass sie sich so ein Netz von Fahrradstraßen vorstelle. Nun sei der Grundgedanke so, dass die Fahrradstraßen, wenn möglich auf dem Hauptnetz für den Radverkehr sein und dort auch wirklich als Fahrradstraße erkennbar sein sollten, dass man auch wirklich zwischen einer normalen 30er-Zone und einer Fahrradstraße unterscheiden könne, dass dort auch wirklich eine hohe Netzbedeutung bestehe und Einiges an Radverkehr sei. Das sei Richtung Aue Nebennetz vom Radverkehr. Dort habe das Netz noch nicht so eine Bedeutung und das könne sich in Zukunft auch noch ändern. Man betrachte das natürlich auch immer dauerhaft. Man gucke sich die Entwicklungen an. Die Stellungnahme heiße jetzt nicht, dass es auch dauerhaft abgelehnt sei und man gucke, was könne man auch in Zukunft noch machen. Vielleicht entwickelten sich die Zahlen dann so, dass da noch was gemacht werden könne. Andererseits habe man von der Infrastruktur her die Vorgaben. Also gerade im Jahr 2020 habe man vom Gemeinderat den Auftrag bekommen alle zukünftigen Fahrradstraßen eben nach diesen Musterlösungen des Radnetz Baden-Württemberg auszugestalten. Diese hätten gewisse Vorgaben, was die Gestaltung und die Breiten angehen würde. Sie seien auch mit Vorfahrten an den Knotenpunkten versehen. Diese Gestaltung der Fahrradstraße zeige dann auch, dass es sich hier um eine Fahrradstraße handele. Was da auch noch ein Aspekt sei, sei die Förderung der Maßnahmen. Also wenn man eine Fahrradstraße einrichte und sich da Fördermittel holen wolle, die dann zum Beispiel Landesfördermittel seien, dann seien die Fördermittel auch an die Nutzung dieser Musterlösung gebunden. Und da natürlich die Haushaltssituation nicht die beste sei, versuche man so viele Fördermittel wie möglich abzugreifen und mache das dann auch in dem Fall. Sonst würde man mehr Geld ausgeben für eine schlechtere Qualität.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) es sei gut gewesen, dass er die Antwort gehört habe. Zuerst wolle er auf das Positive eingehen. Er finde es gut, dass man im Ausschuss II darüber rede. Es sei ja immer so, mit Flüssen und Verkehrswegen. Er wolle wissen, ob hier wirklich ein Bedarf da sei. Er komme ja aus Aue und habe lange Zeit in der Brühlstraße gelebt. Seine Kinder seien immer zwischen den Feldern gefahren, da es hinter der Brühlstraße sicherer gewesen sei. Da habe es ja einen schönen Weg und das könnte ja eine Fahrradstraße sein, aber der Bedarf, den müsse man eigentlich feststellen in den Schulen – das sei ja die Intention des Antrags gewesen – ob das genutzt werde von der Bevölkerung, weil nachher gestalte man etwas, gebe Geld aus und es sei überhaupt kein Bedarf da. Hier habe er das Gefühl, man wolle einen Bedarf schaffen. Da sei es etwas umgekehrt, denn die Fahrradstraßen in Karlsruhe, wie in der Sophienstraße und andererseits geschaf-

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach**

fen worden, weil dort der Anteil der Fahrradfahrer am Verkehr ja extrem hoch sei. Da gebe es, glaube er einen Schnitt, der höher als die Zahl der Verkehrsteilnehmer der Fahrzeuge sei und das sehe er in den allgenannten Straßen noch nicht, aber wie er gesagt habe, was noch nicht ist, könne ja in den nächsten Jahren kommen. Deshalb wolle er sagen, eine Bedarfsanalyse bevor man sich dann auf konkrete Maßnahmen konzentriere.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, man müsse unterscheiden, wo man die Möglichkeit oder Potentiale sehe, den Fahrradverkehr auszubauen und interessanter zu machen. So habe sie Herrn Dr. Noé auch verstanden. Man drehe sich da im Kreis. Man sage eine Fahrradstraße gehe nicht, weil man die 30% nicht habe, aber die sei natürlich nicht ideal für Fahrradfahrer. Sie sei derzeit ideal für Autofahrer und für Busse. Nun würde sie interessieren, wenn schon keine Fahrradstraße, welche Übergangsmöglichkeiten es gebe, dort den Fahrradverkehr zu stärken. Mit den E-Bikes könnte es das Potential haben, dass das der angenehme Weg von Aue nach Durlach werde, für den man das Auto das ein oder andere Mal stehen lasse. Nur jetzt sei es noch nicht so ausgebaut. Deshalb finde sie es gut, wenn man das Thema im Ausschuss II diskutiere. Sie stelle auch fest, dass wer sich in Karlsruhe östlich der Autobahn bewege, sehe an unglaublich vielen Stellen, wie viele Striche, rote Markierungen, extra Fahrradstreifen und es sei tatsächlich so, sie glaube, dass man nun mehr Fahrradverkehr habe und zwischenzeitlich kein Problem mehr habe mit dem Auto einen Parkplatz in der Karlsruher Innenstadt zu haben. Sie habe den Eindruck, – das solle keine Kritik an ihn sein – östlich der Autobahn gebe es diese Ideen nicht. Also in ganz Durlach gehe jeder Vorschlag nicht. Das sei zwar häufig so, aber bei den Fahrradstreifen sei es fast immer so gewesen.

Herr Friese (StPIA) antwortet, es sei natürlich nicht so, dass man bei der Stadt Karlsruhe Durlach ausgrenzen wolle. Er glaube, das liege an Durlach selbst. Durlach habe viele enge, kleine Straßen und da sei es natürlich viel schwieriger eine vernünftige Fahrradinfrastruktur reinzubekommen, als es jetzt in größeren Straßen, zum Beispiel in der Karlsruher Innenstadt sei. Deswegen könne es natürlich sein, dass es hier so ein bisschen empfunden werde, dass man hier weniger mache. Das solle es aber definitiv nicht heißen. Zum Beispiel sei die Hubstraße behandelt worden. Da sei auch diskutiert worden, ob man eine Fahrradstraße machen könne. Das sei auch möglich. Da sei auch eine Stellungnahme gemacht worden. Da werde auch noch was umgebaut. Es könne natürlich auch sein, dass man mit einem Verkehrskonzept in der Waldshuter Straße sich etwas vorstellen könne als Fahrradstraße. Da sei auch eine hohe Netzbedeutung drauf. Es gebe durchaus Ideen, die man mache. Und auch Richtung Süden, Aue. Man habe aber leider durch die Straßenräume, die gegeben seien, deutlich mehr Schwierigkeiten ein gutes Angebot zu schaffen, als es vielleicht in anderen Straßen sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies sei ein Argument, dass sie in Teilen auch nachvollziehen könne. Da gebe sie ihm recht

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach

Blatt 5

OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, man ziehe die Karte Fahrradstraße zum dritten Mal sei Bestehen des Ortschaftsrates. Man habe das bereits beantragt für die Dürrbachstraße, für die Hubstraße und jetzt als Fahrradverbindung vom Zentrum von Aue ins Zentrum von Durlach. Wer sich das auf der Karte anschau, was man vorgeschlagen habe, wird erkennen, es gehe von Zentrum zu Zentrum. Wer einmal morgens um 7:30 Uhr in der Basler-Tor-Straße gestanden sei. Die sei übrigens breiter als in Karlsruhe die Fahrradstraße Bismarckstraße zum Beispiel an vielen Stellen dort sei auch eine sehr ungünstige Parksituation an vielen Stellen. Wer einmal morgens um 7:30 Uhr in der Basler-Tor-Straße gestanden habe, wenn die Schüler von der Friedrichschule und dem Markgrafengymnasium einfielen, – später fluteten sie noch die Weiherstraße und die Karl-Weysser-Straße – der werde feststellen, dass da wahrscheinlich mehr Schüler kämen, als den ganzen Vormittag Autos. Und das sei jetzt schon eine absolute Hauptroute. Man könne bessere Vorschläge für die Route in Aue machen. Die Brühlstraße käme dafür kaum dafür in Frage. Da fahre der Bus, deswegen sei dies auch nicht vorgeschlagen. Die Grenzstraße sei ideal in Richtung des Zentrums. Und wenn jemand auf die Idee komme, dass die Westmarkstraße gerade jetzt nach dem Umbau dafür besser in Frage komme, bitte schön, dann solle es die Westmarkstraße sein. Es sei für sie klar, es sei Zeit, dass hier etwas passiere. Wenn man sich angucke, wie viel Straßen Durlach habe, im Moment habe man keine einzige Fahrradstraße und das sei auch nicht eine Geschichte, wo man ständig hier versuche, die Karte auszuspielen. Es sei die Überzeugung, dass die Notwendigkeit da sei, zwischen den beiden großen Teilen von Durlach eine bessere Fahrradverbindung zu schaffen. Ohne wahnsinnigen Umbau, vielleicht hier und da eine Markierung, ließe sich da bestimmt etwas machen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) antwortet an Herrn Wenzel gerichtet. Leider könne sie ihn nicht sehen. Zu den Zeiten als über diese Pfinzstraße diskutiert worden sei, sei die Voraussetzung für die Einrichtung von Fahrradstraßen noch gewesen, dass der Fahrradverkehr bereits überwiegen müsse oder, eben es voraussehbar gewesen sei, dass er in Kürze überwiegen werde. Das sei 2021 geändert worden. Die allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung sei dahingehend verändert worden, dass es jetzt reiche, als Voraussetzung eine hohe Netzbedeutung für den Fahrradverkehr zu haben. Das sehe man als Grüne in der Verbindung von Durlach und Aue gegeben. Das sei das Eine. Das Zweite sei, wenn sie sagen, sie möchten schon, dass die Fahrradstraße schon vorher viel von Fahrrädern befahren werde, wie Frau Ries auch gerade gesagt habe, das sei ein Henne-Ei-Problem und da sei die Wissenschaft auf ihrer Seite. Man wisse in der Verkehrswissenschaft, wenn man Fahrradverkehrsinfrastruktur schaffe und das habe sie vorhin bereits gesagt, kämen die Radlerinnen und Radler. An Herrn Friese gerichtet, was die Musterlösung betreffe, wolle sie wissen, ob man sich einig sei, dass eine Fahrradstraße eingerichtet werden könne, wenn die Straßenbreite 5,75m betrage und einseitig beparkt werde.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach**

Herr Friese (StaDu) antwortet, es komme auf das Parken an, egal auf welcher Seite man das Parken habe, müsse er die Sicherheitstrennstreifen laut den Musterlösung einhalten. Wenn er nur auf einer Seite Parken habe, egal ob es baulich oder auf der Fahrbahn angelegt sei, dann brauche er auch nur einen, wenn er auf beiden Seiten habe, brauche er mehr als ...

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) wirft ein, dann brauche man mehr als 8,50.

Herr Friese (StaDu) bejaht.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, wenn sie sich diese Zahlen angucke und nachmesse, dann sei es eben wie vorhin gesagt im Bereich der Basler-Tor-Straße bis auf ein, zwei Engstellen, gegeben. Und in der Weiherstraße – er dürfe gerne den Zollstock nehmen und nachher nachmessen und sie komme auch gerne mit – habe man diesen Fall bereits heute und zwar plus den 0,75m, die bei Senkrechtparkern als zusätzlicher Sicherheitsabstand nötig seien. Das heiße, sie glaube einfach, man müsse sich das en Detail ansehen und das sei ihrer Meinung nach bisher nicht geschehen. Er dürfe das gerne als Kritik auffassen.

OR Ruf (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) sagt an Herrn Friese gewandt, er freue sich darauf, wenn man gemeinsam im Ausschuss II sitze und konstruktiv um Lösungen ringe. Herr Dr. Noé von der FDP bringe dann auch seine wirklichen Vorschläge mit und deute das nicht immer nur an. Er freue sich, dass er den Fahrradverkehr verbessern wolle aber er würde sich auch einmal einen Vorschlag wünschen, denn er habe bestimmt gute Ideen. Herrn Frieses Argument der engen Straßen, müsse er entschieden widersprechen. Man habe europaweit so viele Städte, die vormachten, wie es gehe und das seien nicht Städte, die nur Prachtalleen hätten, wo der Raum einfach da sei. Es sei doch ein völliger Irrglaube, dass man mit der begrenzten Ressource öffentlicher Raum, dem Fahrradverkehr mehr Raum geben könne, ohne anderen Verkehrsteilnehmern oder anderen Nutzungsarten Raum wegzunehmen. Man habe, – das sei einfach Mathematik – der Raum sei einfach begrenzt. Da sehe er auch bei diesen Stellungnahmen, ihm fehle da auch ganz ehrlich der Wille. Er sehe da immer wieder ein „Nein“ und das sei nicht das erste Mal. Er wisse nicht, wie viele Vorschläge zum Thema Fahrradverkehr und Verbesserung für den Fahrradverkehr durch diese Fraktion und auch in der vorjährigen Legislaturperiode eingebracht worden seien und fast alle, mit Ausnahme dieses einen Antrags für den Fahrradschutzstreifen auf den Turmberg hoch, fast alle anderen seien immer wieder gescheitert. Und diese Stellungnahme, die aus ihrem Haus komme, dafür seien jetzt eineinhalb Seiten Papier verbraucht worden. Er habe einen Vorschlag gemacht, wie man die Stellungnahme vielleicht in einen Satz zusammenfassen könne und die wäre: „Wir möchten die Situation für den Fahrradverkehr nicht verbessern, weil wir den öffentlichen Raum weiter zum Abstellen

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach**

Blatt 7

von KFZ verwenden möchten.“ Er finde das sei der Diskussion völlig unangemessen. Das sei auch der Qualität des Antrags nicht angemessen. Und er wisse doch, dass bei ihm im Haus Leute arbeiteten, die die Situation für den Fahrradverkehr verbessern wollten. Er wolle wissen, wo man scheitere, ob man an Ämter-Jour-Fixen scheitere und das nicht durchkriege. Er wisse doch, die Expertise sei doch da und die Notwendigkeit werde vom Führungspersonal und auch vom OB immer wieder gesehen. Also er freue sich auf den Ausschuss II und dann finde man eine Lösung.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) wirft an Herrn Friese gewandt ein, sie glaube er habe schon das Interesse den Bereich für Fahrräder zu verbessern.

Herr Friese (StaDu) bejaht. Das Ziel sei immer die Situation zu verbessern, aber man müsse natürlich auch immer abwägen und alle betrachten. Man könne nicht einfach blind sagen, man lege jetzt eine Fahrradstraße rein, ihnen seien die Autos egal, die da parken möchten, ihnen seien die Fußgänger egal. Das müsse man natürlich immer noch ein bisschen abwägen und es sei, wie er eben gesagt habe, man habe nur eine begrenzte Fläche an Raum. Die werde nicht mehr. Da müsse man eben gucken, was könne man machen und was könne man aktuell machen. Da sei es manchmal ein bisschen schwierig in der Argumentation, man mache jetzt hier eine Fahrradstraße und nehme auch viel Parken weg, wenn eben das Radverkehrsaufkommen noch nicht so hoch oder wenn eben diese Bedeutung dieser Routenverbindung noch nicht so hoch sei. Wenn die natürlich sich verstärke und noch besser werde, habe man natürlich wieder mehr Argumentation, um zu sagen: „Okay, wir können jetzt hier wirklich eine Fahrradstraße durchziehen.“

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) erklärt, man sehe durchaus, dass man in dem Bereich etwas machen könne. Wie man es dann mache, ob es so oder so aussehe, lasse man mal im Raum stehen. Er möchte darauf hinweisen, wenn man das so mit der Brechstange versuche durchzuhauen, dann habe man eine Straße gemacht, die dann in einem, zwei Monaten, in einem halben Jahr, wenn man das Verkehrskonzept bekomme, wo dann auch diese Straßen schon wieder überarbeitet würden, dann torpediere man sich schon wieder gegenseitig, weil man dann sage, man habe das Verkehrskonzept. Er wolle wissen, ob man es nicht vielleicht so hinkriegen könne, dass, wenn man es in den Ausschuss II verschiebe, dass man vielleicht die erste Version dieses Verkehrskonzept sehe, dass man dann das vielleicht mal zusammennimmt, um zu sagen: „Okay mit dem Plan geht das aber nicht“ Weil dann murkse man links, dann murkse man rechts und irgendwann habe man eine runde Schraube.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, das mache auf jeden Fall Sinn und sie sehe von den Antragsstellern auch schon Zustimmung. Aber es sei ja schon von den Antragsstellern von Anfang an eine Überweisung an den Ausschuss II und

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Fahrradstraßen Aue-Durlach

Blatt 8

sie denke, da solle man auch weiterdiskutieren. Sie dankt Herrn Friese. Man sehe sich dann gemeinsam im Ausschuss II.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 5: E-Ladestationen für Durlach**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5, E-Ladestationen für Durlach**, auf.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, es sei okay. Es werde aufgenommen in die Prüfung und damit könne man leben.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) übergibt die Sitzungsleitung OR Pötzsche.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) merkt an, er freue sich, dass die grüne Fraktion hier mal etwas für den Individualverkehr in die Waagschale werde. Für ihn sei es okay, was da gekommen sei. Deswegen habe er noch Nachfragen. Die FDP-Fraktion habe das Thema schon mehrfach angesprochen und auch Standorte vorgeschlagen. Was er sich wünschen würde, wäre ein regelmäßiges Feedback aus diesem Arbeitskreis. Wenn man nicht weiterwisse, bilde man einen Arbeitskreis. Leider komme das Feedback aus dem Arbeitskreis der Verwaltung sehr unregelmäßig. Vor ein, zwei Tagen sei tatsächlich etwas gekommen. Dafür danke er der Verwaltung. Es scheine so zu sein, dass das Umweltamt in Karlsruhe führend in der Koordination sei. Da würde er sich regelmäßige einen Bericht für sie im Ortschaftsrat wünsche, wie die einzelnen vorgeschlagenen Standorte bewertet worden seien. Ein Standort habe sich da jetzt positiv rauskristallisiert, der sich im Antrag der Grünen finde und den man auch vorgeschlagen habe, nämlich neben der Shell-Tankstelle in der Grötzinger Straße. Das biete sich ja absolut an, es dort zu machen. Da sei die Frage, mit welchem Zeithorizont man da rechne. Und dann sei in dem Antrag der Grünen ein wichtiger Punkt drin, die Erschließung der Wohngebiete. Gerade die alten Wohngebiete hätten nicht alle Stellplätze, wo man irgendwie am eigenen Haus laden könne, sondern die würden eine öffentliche Ladeinfrastruktur brauchen. Da sei in der letzten Antwort der Verwaltung dringestanden, man könne es in den Wohngebieten nicht machen, weil das dann da Verkehr in die Wohngebiete ziehe. Nein, die Leute wohnten da ja schon und wollten Elektromobilität nutzen. Sie wollten natürlich im Wohngebiet laden und sie wollten nicht das Elektroauto vom Berg runterfahren an den Blumentorparkplatz und parallel fahre der Benziner mit, damit man nachher wieder hochkomme und hinterher das Auto wieder abhole. Solche skurrilen Situationen gebe es ja leider. Er danke dafür, dass man das Thema gemeinsam treibe. Es sei sicher auch etwas, was in den Ausschuss II gehöre und ihm sei da wichtig, die Bitte an die Verwaltung, dass wenn man Vorschläge mache und die seien ja auch nach wie vor erwünscht, dass man regelmäßige Fortschrittsberichte kriege.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) antwortet, man blase an dieser Stelle ins selbe Horn. Das stimme. Nur sie wolle den Individualverkehr trotzdem reduzieren. Aber der, der nötig sei, der müsse natürlich elektrifiziert werden.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 6: Ausweisung von Flächen für Windenergie**

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 6, Ausweisung von Flächen für Windenergie**, auf.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) sagt, dass sei auch ein sehr komplexes Thema. Sie habe eine Weile gebraucht, um zu verstehen, wie das alles zusammenhänge. Wenn sie es richtig verstanden habe, fände sie es wiederum gut, wenn man das im Ausschuss II mal en Detail diskutiere, welche Voraussetzungen es da überhaupt gebe. Wenn man es richtig verstanden habe, sei es so, dass die Regionalpläne festlegten, wie viel Windenergie welche Region liefern müsste. Und die Teilfortschreibung Wind dieses Regionalplans der gerade erfolgt sei, sei angefochten worden und werde gerade neu gemacht. Erst dann, wenn das fertig sei, werde im Flächennutzungsplan festgelegt, genau wo das sei. Man sollte einfach im Gespräch bleiben, damit man dann zum gegebenen Zeitpunkt mit dem Nachbarschaftsverband Karlsruhe diskutiere.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) führt aus, er finde es gut, dass man im Ausschuss II darüber rede, aber dieser Antrag, da habe er sich doch ein paar Fragen gestellt. Man habe es ja vorher mit dem Thema Wissenschaft gehabt. Er wolle wissen, ob sie tatsächlich einen Windkraftpark auf den Turmberg bauen lassen hätte. Es würde ihn wirklich interessieren, ob das ernst gemeint sei. Das zweite sei im Thema vornedran – er habe nichts gesagt – Elektrifizierung unseres Individualverkehrs. Er habe gelesen, dass unser Wirtschaftsminister - er wisse jetzt nicht, welcher Partei er angehört habe – gewarnt habe, dass die Leute Elektroradiatoren holten. 600.000 Stück seien geschätzt. Man wolle aber 50 Millionen Fahrzeuge umsetzen in Elektromobilität. Er wolle wissen, wo das wissenschaftlich zusammenpasse. Und er wolle wissen, was die Klimakrise und der Angriffskrieg mit dem Strom zu tun habe. Er denke, das habe damit zu tun, dass man die gesamte Energiewirtschaft, den Ausstieg aus der Atomkraft, alles schnell, schnell gemacht habe, ohne die Ressourcen zu schaffen. Das sei alles etwas, was man hier nicht diskutieren müsse. Das sei so ein zusammengeworfener Antrag. Die fragen seien ihm einfach draufgekommen, die hätten ihn jetzt total irritiert, müsse er ehrlich sagen. Und er könne es wissenschaftlich auch in dem Fall nicht zusammenhängend finden.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) antwortet, dass, wenn sie etwas nicht wissenschaftlich zusammenbringe, sich leichttue. Sie frage ihren Mann, der komme aus der Branche. Das sei ganz angenehm, ansonsten könne man sich ja gut informieren. Heizlüfter und Elektromobilität hätten de facto nicht wirklich etwas miteinander zu tun. Ja, die, wenn jeder anschalte, dann sei unser Stromnetz möglicherweise überlastet. Ob jemand abends ein Elektroauto noch dranhänge, sei nicht das entscheidende Kriterium, sondern wenn morgens eine Menge Heizlüfter angingen. Es sei nicht die Idee eines Windparks gewesen, der ja Angstschweiß anscheinend auslöse, sondern lasst uns doch mal gucken, welchen Beitrag man mit Windenergie zum Stromverbrauch beitragen könne. Nicht zum Verbrauch, sondern zur... Also wo komme er denn her der Strom, er komme

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Ausweisung von Flächen für Windenergie

Blatt 2

halt nicht einfach nur aus der Steckdose. Da müsse er auch irgendwie rein. Und ja, vielleicht sage der Flächennutzungsplan ja, der Wind am Turmberg sei zu wenig, aber lasst uns doch mal drüber nachdenken. Man könne doch nicht immer sagen: Das wollen wir nicht. Aber alle wollten ein warmes Bad morgens. Und da würde sie sich wünschen, wenn man einfach mit einer bisschen legeren Haltung drangehe.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) sagt, an Herrn Wenzel gewandt, man solle das mal bei einem Bier diskutieren oder bei einem Glas Wein. Zufällig sei es ihr Forschungsgebiet. Zufällig sei es ein Unterschied, ob sie kurzfristig ganz viele Heizungen an das Netz stecke oder langsam Ramp-up mit Elektromobilität habe. Ja klar, es müsse ein bisschen schnell gehen. Das Angebot müsse natürlich Schritt halten. Aber man habe mit der Elektromobilität einen ganz großen Bonus, dass man natürlich die Autobatterien als Pufferspeicher verwenden könne. Das nenne man Lastenmanagement. Das heiße sie lade nicht unbedingt. Sie habe ein Elektroauto und sei heute Mittag runtergegangen und habe das an die Steckdose, an die Charging-Station gehängt, weil ihre Solarzelle Strom erzeugt hätten. Aber sie glaube, das sei eher was für einen gemeinsamen Abend.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) merkt an, er sei ja durchaus Naturwissenschaftler. Man frage die Wissenschaft. Er denke, bevor man sich über Windenergie detailliert Gedanken mache, solle man mal gucken, wie man die Photovoltaik, hier in Durlach. Und da spanne er den Bogen zur Verwaltung. Er wolle wissen, wie da der Stand der Dinge sei, mit der Erhaltungssatzung und der Altstadtsatzung. Da würde er sich etwas mehr Tempo wünschen. Er glaube, da habe man die schnelleren Ziele erreicht, als mit der Windkraft.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) merkt an, bevor alle nun in Zwiesprache geraten oder ihre Berufe vorstellen würde. Man könne beim nächsten Mal auch noch eine Vorstellungsrunde machen, damit alle upgedatet seien. Man spreche weiter über dieses Thema im Ausschuss II.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 7: Sanierung Pfinzstraße**

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 7, Sanierung Pfinzstraße**, auf. Ortsvorsteherin Alexandra Ries übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) fragt, ob den Verkehrsbetrieben Beschwerden der Busfahrer aufgrund der Verkehrssituation im Bereich der Pfinzstraße zwischen Pforzheimer Straße und Ochsentorstraße bekannt seien. Jeden Morgen und jede halbe Stunde spiele sich das gleiche Drama an dieser Stelle ab.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man habe nachgefragt bei den Verkehrsbetrieben und könne das mit einem klaren „Ja“ beantworten. Es gebe große Beschwerden, Engstellen durch entgegenkommende PKW und so letztendlich wie es beschrieben werde und wie jeder der dort öfter aufhalte, feststellen könne. Man würde die Stellungnahme der VBK an alle auch verschicken und dann könne man sich ja auch nochmal mit dem Ordnungsamt zusammensetzen.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) fragt, ob sie als Fraktion noch einmal tätig werden sollten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, sie schicke die Stellungnahme mal rum und dann würde sie sagen, die Fraktionen, die tätig werden wollten, sollten es dann nochmal tun.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) fragt, warum die VBK nicht direkt ans Ordnungsamt gehe, wenn sie schon Beschwerden ihrer Busfahrer habe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, sie werde das nachfragen. Vermutlich hätten die das auch getan. Man werde die Stellungnahme der VBK auch ans Ordnungsamt weitergeben.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 8: Turmbergbahn Planfeststellungsverfahren?!**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8, Turmbergbahn Planfeststellungsverfahren?! auf.**

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erklärt, es sei gut zu erfahren, dass das Projekt planmäßig vorangetrieben werde. Da habe er zwischenzeitlich nicht mehr das Gefühl gehabt. Er würde sich wünschen, dass da regelmäßig bei einem so großen Durlacher Projekt die Verkehrsbetriebe Bericht erstatteten. Er wolle wissen, wann denn jetzt konkret das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werde. Ab da beginne die Uhr für das Verfahren zu laufen. Dass würde man gerne wissen. Dann komme aus der Anwohnerschaft – die müsse man ja versuchen, möglichst positiv einzubinden und mitzunehmen auf der Reise – die Frage. Die hätten ja Sorge um ihre Parkplätze dort im Bereich der Bergbahnstraße. Die Frage sei, wisse man denn – und er glaube die Verkehrsbetriebe hätten diese Zahlen wahrscheinlich – wisse man denn zum heutigen Stand, wie viele Nutzer der Turmbergbahn mit dem PKW und wie viele mit dem öffentlichen Nahverkehr anreisten. Er denke, man könne diese Sorgen der Anwohner zumindest im Hinblick auf diesen Parksturm, den es dann da angeblich geben solle. Er denke die Verkehrsbetriebe hätten diese Zahl.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, auch hier gelte Ähnliches wie bei den Fahrradstraßen. Bei einer anderen Turmbergbahn, werde man wahrscheinlich auch anders anreisen, als jetzt. Auch da mache es natürlich eher Sinn in die Zukunft zu gucken und zu erhoffen, was man mit so einer Reise dann auch kriege.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) entgegnet, er glaube es helfe bei den Kritikern. Er glaube, auch jetzt schon kämen sehr viele mit dem öffentlichen Nahverkehr und es würden sicherlich künftig noch mehr sein.

OR Stolz (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für das Wort und für die Anfrage. Man habe da auch Fragen dazu und es gebe ja Fragen, die müssten in einen Kontext gesetzt werden. Deswegen hoffe sie, dass ihr ein paar Sätze gestattet seien. Man habe 2019 die Veranstaltung hier im Raum gehabt. Da habe es Baubeginn im Oktober 2022 geheißen. Im Januar 21 habe es auch bei einer Veranstaltung geheißen. Es habe die Ankündigung gegeben, dass sich das Projekt um ein halbes Jahr verzögere. Unter anderem wegen der Umweltverträglichkeitsprüfung und es sei ein Baubeginn Januar 2023 in Aussicht gestellt worden. Jetzt seien im Juli diesen Jahres Unterlagen an das RP Karlsruhe geschickt worden. Es sei zurückgeschickt worden. Es gebe noch Fragen zu klären, die geklärt werden sollten. Das heiße, man habe Stand heute, es gebe keine finalen Unterlagen ans Regierungspräsidium Karlsruhe. Und wenn man von einer Dauer von einem Jahr, eher eineinhalb Jahren für dieses Planfeststellungsverfahren ausginge, dann sei sehr schnell offensichtlich, dass es bereits zu Verzögerungen gekommen sei und dass es weiterhin zu Verzögerungen kommen werde und dass der Baubeginn circa 2023 utopisch sei. Und jetzt wolle sie wissen, wie es denn zu diesen Verzögerungen gekommen sei. Wa-

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Turmbergbahn Planfeststellungsverfahren?!

Blatt 2

rum seien diese Unterlagen erst im Juli 22 ans RP eingereicht worden? Wer sei dafür verantwortlich? Anschließend an Herrn Dr. Noés Frage, beziehungsweise Anregung wolle man wissen, ob es möglich sei, dass Vertreter vom VBK zeitnah in den Ortschaftsrat kämen uns auf den neuen Stand bringen und auch weitere offene Fragen klären würden.

OR Anna Frey (Die Linke) bedankt sich bei der FDP-Fraktion für die Anfrage. Sie habe noch eine Verständnisfrage zu der Antwort auf die Frage fünf, diese Kosten für die Sonderinspektion und Beseitigung der festgestellten Punkte. Sie wolle wissen, ob das Kosten seien, die quasi auch bei der wiederholten Antragsstellung auf die Verlängerungsge-nehmigung anfallen würden, ob sie in dieser Höhe anfielen und ob sie in die Haushalts-pläne schon eingeplant seien oder da im Mai 2023 die nächste Überraschung auf sie zu- komme, wenn es dann um die Verlängerung gehe. Zu dem Zeitpunkt – Frau Stolz habe das auch angesprochen – werde der Bau noch nicht begonnen haben.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich. Man werde das stellen.

OR Elke-Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, dass sie heute um halb drei die Mail erreicht habe mit dem Inhalt, dass bei einem Pressetermin ein großformati- ges Modell der künftigen Turmbergbahn präsentiert werde. Montag 28. November, 9:00 Uhr, großartige Zeit. Sie wolle wissen, ob man das vielleicht irgendwie nachmittags um 16:00 Uhr machen könne und nicht morgens um neun. Sie könnte tatsächlich aber sie sei sich sicher, viele Anwesende könnten da nicht.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, es sei ihres Wissens ein Pressetermin. Das sei ein Pressetermin und da sei halt normale Arbeitszeit für Presse. Sie glaube, das dürfe man jetzt nicht so hoch hängen. Das Modell sei ja dann da. Das Modell werde man sicherlich, sie werde dann auch gucken, dass man das in Durlach auch ausgestellt kriegen. Und dass man sich das dann nochmal gesondert erklären lassen könne. Auch sie machten tagsüber Pressetermine. Aber auch für Presse sei neun früh.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 9: Mitteilungen des Stadtamtes**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9, Mitteilungen des Stadtamtes**, auf. Da habe man im Ältestenrat vereinbart, dass die nicht mehr ausgelegt würden. Man wolle ja auch Papier sparen. Sondern, dass die jetzt an alle sofern sie vorlägen, verschickt würden. Eine Mitteilung die sie eigentlich recht spannend finde, sei vom Zentralen Juristischen Dienst. Die Umweltverwaltungsbehörde, die untere Denkmalschutzbehörde, da gehe es um PV-Anlagen, energetische Sanierung. Es scheine ihr, dass man da einen Schritt vorwärts gegangen sei und dass man jetzt das Klimaanpassungsgesetz, welches voraussichtlich noch in diesem Jahr beschlossen werde, noch abwarten wolle und dann wirklich auch in die Änderung oder Diskussion einsteige. Das werde auch für sie nochmal eine gute Arbeit, wo man sich einbringen könne. Aber das auch jetzt schon man es in Einzelfällen genehmigen könne, finde sie erstmal einen positiven Schritt. Sie wisse nicht, wie es ihnen gehe. Sicher auch durch die Energiekrise, es vergehe kein Tag an dem sie nicht von eins, zwei, drei, vier, fünf Eigentümern in der Durlacher Altstadt angesprochen werde, die gerne dort investieren wollen und sich da vor einer Wand der Ablehnung sehen würden. Sie wolle vielleicht mal mit der Kollegin Hautzinger von der unteren Denkmalschutzbehörde, die ja noch nicht so lange im Amt sei, aber auf sie einen ganz aufgeschlossenen Eindruck mache. Vielleicht, dass man mal mit der Bürgergemeinschaft eine Art Bürgerforum zu diesem Thema machen könne, was es da für Lösungen gebe. Herr Hamann nicke. Sie glaube, da könne man gemeinsam was machen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 10: Mündliche Fragen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 10, Mündliche Fragen**, auf.

OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION): erklärt, er komme langsam in das Alter, wie der Herr Scheuermann gewesen sei. Er habe die Anfrage ja schon vorher eingereicht. Und tatsächlich sei das so, er habe ja da Fotos angehängt, dass am Rittnerthof, wo man geradeaus in den Wald gehen könne mit dem Fahrrad, der heiße Grötzinger Weg. Der sei seit seiner Kindheit so gewesen, wie er gewesen sei. Jetzt sei der verbreitert worden unter massivem Einsatz von Baggergerät. Erstens wolle er wissen, warum das notwendig gewesen sei. Die Zweite Frage: Der verbreiterte Parkplatz sei just fertig, es sei an zwei, drei Wochenenden so gewesen, dass dort ein Sattelschlepper geparkt habe. Aber nicht auf der Seite wo geparkt werden solle, sondern auf der anderen Seite, dass dort die Böschung beschädigt worden sei, auch belegt durch ein Foto. Er sei über die Sachverhalte von einem Bürger informiert worden, der das auch fotomäßig dokumentiert habe. Wenn man Richtung Westen, Richtung Rittnerstraße runtergehe, komme gleich wieder ein Waldweg und der Bürger behaupte, – das stimme auch – dass dieser jedes Jahr breiter werde, da er immer mehr ausgefahren werde. Und er versichere auch glaubhaft, dass dort gecamppt werde, sprich, mit Wohnmobilen, Wohnwagen sei dort Samstagabend wohl manchmal Remmidemmi. Er vermute mal, dass es auch dort verboten sei, weil in Deutschland dürfe man nicht wild campen. Vermutliche dürfe man dort auch nicht mit dem Wohnmobil übernachten. Aber das sei die Antwort, die er gerne vom Forstamt bekommen werde. Er bedankt sich.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, das sei nicht in der Zuständigkeit des Forstamtes, sondern ForstBW. Die hätten ihnen auch in den einzelnen Punkten geantwortet. Sie wolle gar nicht im Detail eingehen. Sie würde es dann verschicken. Am Parkplatz am Rittnerthof, Grötzinger Weg, der Parkplatz sei hochfrequentiert, weil auch der Wald insgesamt häufiger genutzt werde. Da hab es zwischen parkenden Autos und sie sage mal zwischen größer werdenden parkenden Autos und auch Betriebsbelangen, wo die mit ihren Maschinen durchkommen müssten, wo zu Kollisionen, weswegen man es verbreitet habe. Das LKW's dort an irgendwelchen Stellen parkten und auch, dass Wohnmobile oder das übernachtet werde an anderer Stelle, Herr Köster, sei den zuständigen Stellen bislang nicht bekannt. Ansonsten würde sie ihnen die Antwort einfach mal rumschicken. Im Wesentlichen gehe es darum, dass viel darauf hingewiesen werde, dass einfach der Trend, stärker noch in den Wald zu gehen und sich da offensichtlich jemand verantwortlich fühle, die Parkplätze etwas zu vergrößern.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) sagt, seine Frage gehe um das Rückhaltebecken Aue. BUND und NABU hätten für dieses Rückhaltebecken den Naturschutz gefordert, weil es dort viele seltene Tiere und Pflanzen gebe. Immer wieder würden Fußgänger mit Hunden durch dieses schützenswerte Gebiet laufen. Sie wollten, dass das geschützt werde. Vor

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 10: Mündliche Fragen**

Blatt 2

Fußgängern, vor Hunden und vor Leuten, die da durchstreifen. Deshalb wolle er wissen, wann die Stadt Karlsruhe das Rückhaltebecken Aue unter Naturschutz stellen werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man werde die Frage so weitergeben.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion): er habe das, was er fragen wollte, im Ältestenrat schon angesprochen, aber wahrscheinlich gebe es da noch keine Antwort drauf. Ihn hätten Eltern angesprochen, vor allen Dingen vom Markgrafengymnasium, weil sie Sorge hätten, um ihre Kinder, wenn die in die Schule fahren oder von der Schule nach Hause fahren würden. Es gehe um die Kreuzung Karl-Weysser-Straße, Badener Straße, da wo auch die Busse einbiegen und Richtung Schloss fahren würden. Da gebe es extrem gefährliche Situationen, derzeit, wenn ganz viele Kinder mit ihren Fahrrädern da auftauchten. An anderen Stellen in der Stadt gebe es immer Schilder, die auf solche Situationen hinwiesen. Da fehle so etwas. Er wolle wissen, ob man da nicht so etwas anbringen könne, damit Autofahrer sich dort etwas vorsichtiger mit ihren Autos bewegten, im Interesse der Kinder. Vielleicht denke man auch mal nach, in der Karl-Weysser-Straße sei oben, wenn man nach unten laufe, links der erste Parkplatz, also das erweitere damit die Busse rumfahren würden. Vielleicht müsse man auch mal darüber nachdenken, er wisse Parkplätze wegnehmen und so. Badener Straße oder Karl-Weysser-Straße aus diesem Grund vielleicht an der Ecke direkt irgendeinen Parkplatz wegzunehmen, weil die Sicht viel besser wie, weil man da die Sicherheit vor Allem für diese jungen Verkehrsteilnehmer erhöhen könnte.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, das sei andernorts möglich aber hier nicht. In der Karl-Weysser-Straße sei eine derartige Beschilderung nicht möglich, da es sich hier bereits um einen verkehrsberuhigten Bereich handle. In der Badener Straße, südlich der Karl-Weysser-Straße gebe es bereits einen Fußgängerüberweg. Deswegen werde hier keine Notwendigkeit für eine Doppelbeschilderung gesehen. In der Badener Straße, nördlich der Karl-Weysser-Straße sei eine Beschilderung im Fall einer vorliegenden Gefährdung möglich. Sie glaube, dass sei der Bereich, wo er auch sage mit der Sicht. Das Ordnungs- und Bürgeramt sichtet die Stelle zur Stoßzeit und prüft dann gegebenenfalls die Aufstellung eines Schildes.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) führt aus, es gehe um Aue. An sie sei herangetragen worden, dass das Ortsschild von Aue, also das Wappenbild verblichen sei und ob man das nicht etwas frisch machen könnte.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, Sie denke, wenn das so der Fall sei, könne man das vermutlich machen.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) ergänzt, das sei am Bankenplatz.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16. November 2022,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 10: Mündliche Fragen**

Blatt 3

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man werde sich darum kümmern.

OR Seidler (AfD) führt aus, dass in der Ortschaftsratssitzung vom 19.10.2022 Ortschafts- und Stadtrat Dirk Müller von der CDU-Fraktion in der Aussprache zu TOP 1 zu dem er noch kein Rederecht gehabt habe, behauptet habe, dass er Vertreter einer Partei sei, welche durch höchstrichterlichen Beschluss als Beobachtungsfall des Verfassungsschutz gelte, wobei er sich dabei auf ein Urteil des Verwaltungsgericht bezogen habe. Und dass seine Partei im Prinzip verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolge. Kurze Gegendarstellung: Falsch sei, dass eine Behörde oder ein Gericht festgestellt habe, die Alternative für Deutschland verfolge verfassungsfeindliche Bestrebungen, auch nicht "im Prinzip". Richtig sei, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz in der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Köln am 8. März 2022 erklärt habe, dass die Alternative für Deutschland von ihr nicht als gesichert extremistische und verfassungsfeindliche Partei geführt werde. Falsch sei, dass die AfD aufgrund richterlichen Beschlusses als "Beobachtungsfall" gelte. Die Einstufung als "Beobachtungsfall" gebe es bei den Verfassungsschutzämtern nicht. Richtig sei, dass das Verwaltungsgericht Köln am 8. März 2022 die Zulässigkeit der Einstufung der AfD als Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt habe, die eine nachrichtendienstliche Beobachtung erlaube. Richtig sei auch, dass im letzten Monat die Verwaltungsgerichte München und Wiesbaden den dortigen Verfassungssämter untersagt hätten die AfD als Verdachtsfall zu führen und nachrichtendienstlich zu beobachten. Falsch sei, dass das Verwaltungsgericht Köln "höchstinstanzlich" geurteilt habe. Richtig sei, dass das Verwaltungsgericht Köln die Erstinstanz sei und das Urteil nicht rechtskräftig geworden sei. Der Fall sei nun beim Obergericht Münster.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, sie könne damit die mündlichen Fragen schließen. Das sei eine persönliche Erklärung des OR Seidler, die ihm als solches als Ortschaftsrat auch zustehe und die er insofern wahrgenommen habe. Sie denke, mehr gebe es dazu nicht zu sagen. Sie beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:47. Nach einer kurzen Pause trete man in die nichtöffentliche Sitzung ein.